

GÖTTINGER BLÄTTER

06.2019

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Wiedereinzug in das Rote Zentrum

Anfang Juni ist es endlich so weit. Nach einer Phase von nunmehr fast drei Jahren kann das Erdgeschoss des Roten Zentrums in der Langen-Geismar-Str. 2 wieder für die politische Arbeit genutzt werden. Die Anlaufstelle Neue Wege – Neue Chancen hat andere Räumlichkeiten auch in der Langen-Geismar-Str. gefunden, in denen sie ihre soziale Arbeit für Menschen in schwierigen Lebenssituationen fortsetzen kann.

Dies bedeutet für die Partei DIE LINKE, dass diese ihr Interimsbüro in der Bürgerstr. verlassen kann und erneut in das Erdgeschoss in das an der Straße liegende Büro einziehen wird. Das zweite Büro im Erdgeschoss wird sich die Göttinger Linke mit der DKP, der SDAJ und dem Marxistischen Lesekreis Göttingen teilen. Das Foyer kann wieder für kleinere Veranstaltungen und Sitzungen genutzt werden.

Die Göttinger Linke verlässt damit den ersten Stock. Dort befindet sich weiterhin der Verein für antifaschistische Kultur. Hinzu gekommen ist das Antifa-

schistische Bildungszentrum und Archiv Göttingen (ABAG).

In den darüber liegenden Stockwerken befinden sich Wohngemeinschaften.

Zum Roten Zentrum gehört auch das Nebenhaus Lange-Geismar-Str. 3, das sich im Eigentum des Vereins Rote Hilfe befindet. Dort ist sich auch ein großer Versammlungsraum, der auch in Absprache von den anderen Gruppen für Versammlungen und Veranstaltungen genutzt wird.

Anders als bisher werden mit dem Eigentümer auch keine Einzelmietverträge mehr abgeschlossen. Dies übernimmt der Trägerverein Rotes Zentrum Göttingen e.V., in dem die verschiedenen Nutzer*innengruppen organisiert sind.

Das Haus ist nach der Kommunistin Lieschen Vogel (1906-1986) benannt. Diese lebte von 1922 bis 1941 in Göttingen, leitete in den zwanziger Jahren den örtlichen Kommunistischen Jugendverband (KJVD), engagierte sich später in der KPD und wurde im August 1933 als „KPD-Funktionärin“ von den Nazis ver-

Kontakt

Internet: www.goettinger-linke.de/goeblae.php

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen

Inhalt

Wiedereinzug in das RZ	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Tournée in Gö.	7
Die LINKE. Kreisverband	8
Die LINKE. Kreisverband	9
GöLinke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Forts. ÖPNV von S. 9	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 07/08.2019
ist der 21. Juni.
Auslieferung am 27. Juni.

haftet und drei Monate im KZ Moringen festgehalten. Nach 1945 lebte sie in der DDR und engagierte sich in Wohn- und Betriebsparteigruppen der SED. ef

Es ist 5 vor 12 – Die SPD hat sozialpolitisch versagt!

Rd. 50 MieterInnen der ADLER AG, der Vonovia-Wohnungen und aus der Wohnrauminitiative demonstrierten am 17. Mai unter der Losung „Es ist 5 vor 12“ vor dem Rathaus. Der Rat hatte zu entscheiden, ob die ADLER AG mit der Annahme des B-Planes grünes Licht für ihre „Millionen-Offensive“ (Millionen, die sie aus den Mietern herauspressen wollen) bekommen. CDU, FDP und SPD haben dazu den Weg frei gemacht!
(mehr dazu auf den Seiten von Grobian und der Göttinger Linke)





Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► Zur Geschichte von Zwangssterilisation und Krankenmorden in der Region Duderstadt

Am 8. Mai 2019 erschien unter dem Titel „Das sind doch keine Opfer des Nationalsozialismus, die waren doch krank – Zur Geschichte von Zwangssterilisation und Krankenmorden in der Region Duderstadt“ eine neue Veröffentlichung der Geschichtswerkstatt Duderstadt zur NS-Geschichte in der Region. Eine erste Lesung daraus fand am 8. Mai in der Kreisvolkshochschule Duderstadt sowie am 10. Mai in der NS-Zwangsarbeiterausstellung der BBS II in Göttingen statt. Autor des 80 Seiten umfassenden Buches ist unser VVN-Kamerad Hans-Georg Schwedhelm, der auch Kreistagsmitglied der Fraktion Piraten/Die Partei ist. Zentrale Fragen des Buches sind: Was ist mit den behinderten Menschen aus dem Untereichsfeld während der Zeit des Nationalsozialismus geschehen? Und wo waren die behinderten Menschen zu der Zeit eigentlich untergebracht? Hans-Georg Schwedhelm versucht in seinem Buch eine Antwort auf die vorgenannten Fragen zu geben, indem er diverse lokale Quellen aus dem Kreis Duderstadt zum Thema Sterilisation und Krankenmord zusammenträgt und auswertet. Damit gelingt es ihm, den Leidensweg einiger Menschen der Region, die im Rahmen des sogenannten „Euthanasieprogramms“ der Nazis deportiert und in eigens dafür geschaffenen Gasanstalten ermordet wurden, nachzuzeichnen. So wurden beispielsweise aus dem Eichsfeld stammende Kinder und Erwachsene aufgrund von Entscheidungen sogenannten NS-Erbgesundheitsgerichte aus einer katholischen Einrichtung in Ershausen sowie der damaligen Heil- und Pflegeanstalt auf dem Göttinger Leineberg nach Pirna-Sonnenstein bei Dresden bzw. nach Hadamar bei Frankfurt abtransportiert, um dort systematisch per Giftspritze bzw. mittels Gas ermordet zu werden. Die bis September 1941 durchgeführten Mordaktionen an geistig behinderten Menschen mittels Gaseinsatz waren auch eine Erprobung für die Konzentrationslager im Osten, die schon kurz nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion errichtet wurden. Sie

stellten eine Blaupause für den einsetzenden industriellen Massenmord an den europäischen Juden dar.

Bis heute werden die Opfer dieser Behinderten- und Krankenmorde nicht offiziell als Verfolgte des NS-Systems anerkannt. Dies gilt ebenso für die vielen Zehntausende Menschen, die wegen eigener körperlicher oder geistiger Be-

hinderungen (aber auch in Fällen von Behinderungen im engeren Familienkreis) durch NS-Gerichte zwangssterilisiert wurden.

Das Buch ist in den Buchhandlungen Mecke und Seseke in Duderstadt sowie im Roten Buchladen in Göttingen erhältlich und kostet 10 Euro.

► Kommunistenverfolgung im Kalten Krieg am Beispiel des Landgerichts Lüneburg

*Freitag, den 21. Juni 2019, 19:00 Uhr,
Rotes Zentrum, Lange Geismar-Str. 3*

Das Landgericht Lüneburg diente als Speerspitze der justizförmigen Kommunistenverfolgung der 1950er/60er Jahre in Norddeutschland. Sein Tätigkeitsbereich erstreckte sich von Cuxhaven bis nach Osterode/Duderstadt und Hann.Münden. Auffallend viele der Verfolgten waren bereits in der NS-Zeit in KZs und Gefängnissen wegen ihrer antifaschistischen Haltung inhaftiert. – Zur Geschichte dieser politischen Strafjustiz hat die VVN-BdA Lüneburg in den vergangenen Jahren

bereits mehrere Broschüren veröffentlicht, in welchen u.a. die ungebrochenen Karrieren der Lüneburger Richter und Staatsanwälte vom Unrechtssystem des NS-Justizapparats bis zur Adenauerzeit nachgezeichnet wurden.

Eine Veranstaltung der VVN-BdA Göttingen mit Peter Asmussen, Vorsitzender der VVN-BdA Lüneburg, und dem Göttinger VVN-Kameraden und Zeitzeugen Peter Dürrbeck, der während der Kommunistenverfolgung der 1960er vom Landgericht Lüneburg wegen seiner kommunistischen Gesinnung verurteilt und inhaftiert worden war.

► Gewalt gegen Juden und Flüchtlinge

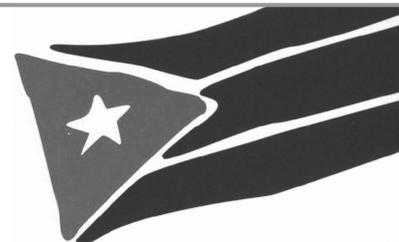
Um knapp zehn Prozent hat im vergangenen Jahr in Deutschland die Zahl der jüdenfeindlichen Straftaten im Vergleich zum Vorjahr (2017) zugenommen. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor. Insgesamt wurden 2018 bislang 1.646 Straftaten registriert. Bei den Gewalttaten ist die Zunahme wesentlich hö-

her. Hier beträgt die Steigerungsrate mehr als zwei Drittel von 37 auf 62 Fälle.

Die Zahl der Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte betrug im vergangenen Jahr nach Angaben des Bundeskriminalamtes bis Anfang Dezember 2018 bundesweit 143. Damit erfolgte trotz eines deutlichen Rückganges im Durchschnitt immer noch alle 2,5 Tage ein Angriff.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Mitgliederversammlung

Das Datum stand bei Redaktionsschluss nicht fest.

► US-Außenministerium löscht Liste über „Erfolge“ der Sanktionen gegen Venezuelader Bolivarischen Republik Venezuela!

Von Malte Greger, *amerika21*

Das US-Außenministerium hat eine offizielle Darstellung über die umfangreichen Sanktionen gegen die venezolanische Regierung sowie der damit verursachten Schäden an der Wirtschaft des Landes schon nach kurzer Zeit wieder von den meisten offiziellen Webseiten entfernt.

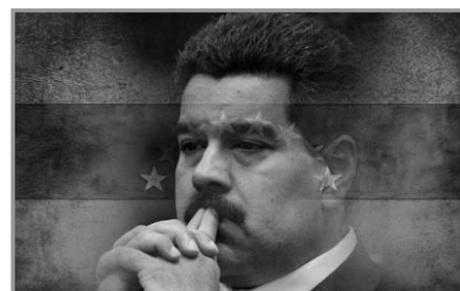


Das US-Außenministerium in Washington D.C.

In dem Papier listet die US-Regierung neben den erfolgten Sanktionen sowie den Entscheidungen einiger internationaler Organisationen zur Unterstützung des Oppositionsführers Juan Guaidó auch die

„Schlüsselresultate“ des Jahres 2019 auf. Darunter finden sich unter anderem die umstrittene Selbsternennung Guaidós zum Interimspräsidenten und die angeblich 1.000 übergelaufenen venezolanischen Militärangehörigen. Weiter werden auch 3,2 Milliarden US-Dollar eingefrorenes Staatsvermögen im Ausland sowie der Einbruch der Ölproduktion genannt. Letzteres habe geschätzt den Verlust von etwa 50 Prozent der Staatseinkommen innerhalb des letzten Jahres bedeutet.

Der venezolanische UN-Botschafter Samuel Moncada bezeichnete das zurückgezogene Dokument angesichts seiner Offenheit als eine „Liste von Geständnissen“. Es zeige wie stolz die US-Regierung darauf sei, einen militärischen Putsch in Venezuela zu provozieren, das politische System eines Landes zu zerstören und dessen Bevölkerung leiden zu lassen, so Moncada. Erst kürzlich hatten die US-amerikanischen Ökonomen Mark Weisbrodt und Jeffrey Sachs in einem Bericht die humanitären Auswirkungen der Sanktionen kritisiert und auf 40.000 Tote beziffert, da der medizinische Sektor



von den Strafmaßnahmen besonders hart betroffen sei.

Über die schnelle Rücknahme des umstrittenen Dokuments wird vermutet, dass sie aus dem Widerspruch zu den bisherigen Verlautbarungen des US-Außenministeriums erfolgte.

Demnach wurden bisher die Erfolge Guaidós bei der Verteilung humanitärer Hilfe betont, während die Sanktionen diese Krise täglich weiter zuspitzen. Den angeblich 24.000 im Rahmen der humanitären Hilfe medizinisch behandelten Venezolanern stehen laut oben erwähnter Studie von Weisbrodt und Sachs rund 300.000 durch die Sanktionen gesundheitlich stark gefährdete Personen gegenüber.

► Die Freundschaftsgesellschaft beim 1. Mai

Zum 20. Mal war die Regionalgruppe Göttingen der FG BRD-Kuba nun am 1. Mai dabei: Man kennt sich und man trifft sich dort. Gespräche über Cuba, über Lateinamerika und die europäische und deutsche Politik gegenüber Cuba. Das sind dann die Themen, um die es in diesen Gesprächen geht; gespickt mit Reiseeindrücken, die viele InteressentInnen natürlich haben. Und natürlich über „Demokratie“ – in Cuba, versteht sich. Neben den kubanischen Mixgetränken, die – vor allem bei tollem Wetter – guten Absatz finden,

werden Info-Material und Zeitschriften mitgenommen. Das Ergebnis dieses Tages: Ein neues Mitglied und die Adressen von zwei weiteren InteressentInnen – Dem neuen Mitglied ein herzliches Willkommen! Die Göttinger Gruppe ist erreichbar unter: goettingen@fgbrdkuba.de



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Haushaltsebbe mit Vorankündigung

Wir gehören, weil wir Teil von Niedersachsen sind, zwar zu Norddeutschland. Aber die wirklichen Küstenbewohner haben stärker verinnerlicht, dass auch in Zeiten, in denen sie genussvoll in der Flut baden können, die nächste Ebbe unvermeidlich ist.

Im Kapitalismus ist es so, dass nach Hochkonjunktur immer eine Krise kommt – und zwar anders als in der Natur mit tendenziell immer schwerwiegenderen Auswirkungen.

Schon im April war aufmerksamen Lesern der Wirtschaftspresse klar, dass die gegenwärtig entspannte Haushaltslage der Kommunen in Deutschland – ob nun an der Küste, am Harz oder in der Alpenregion liegend – nicht von Dauer sein würde.

Damals hatte Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) erneut die Wachstumsprognosen für das laufende Jahr nach unten korrigiert – auf jetzt nur noch 0,5 Prozent. Das klingt zwar nach Wachstum, ist aber im Kern ein Minusergebnis, weil der sogenannte „fiskalische Impuls“, also die durch staatliche Ausgaben erzeugten ökonomischen Tätigkeiten, für 0,7 Prozent Wachstum verantwortlich ist. Folglich ist das einzige, was noch zwischen dem Nullwachstum und der Rezession steht, die Ausgabenpolitik der staatlichen Ebenen.

Die Regierung stützt sich mit ihrer wachsende Skepsis auf das „Gemeinschaftsgutachten“ der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute, das am 4. April ihre früheren optimistischen Wachstumsprognosen – ursprünglich hatten sie von fast zwei Prozent phantasiert – deutlich nach unten korrigiert hatten. Zwar würden, so die Professoren, die USA weiter, wenn auch verlangsamt, positive Zahlen melden, der Aufschwung „im Euroraum ist ... dagegen ... zum Erliegen gekommen“. Insgesamt habe sich weltweit „generell im Verarbeitenden Gewerbe“ die Konjunktur „stark abgekühlt“. Dieses Gewerbe aber ist der Kern der kapitalistischen Wachstumsmaschinerie. Zwar wird beschworen, „die Dienstleistungskonjunktur“ sei „nach wie vor intakt“. Aber es ist im Kapitalismus nun einmal so, dass die Wirtschaft nicht

wächst, wenn sich alle Beschäftigten gegenseitig gegen Geld die Haare schneiden oder Lebens- gegen Ernährungsberatung tauschen. Der Rezession, die gegenwärtig nur durch staatliche Stabilisatoren abgewendet wird, nährt sich so die deutsche wie die europäische Wirtschaft in Tripelschritten an. Zunehmend werden die unentwegt weiterwachsenden Rüstungsausgaben zum wichtigsten Rettungsanker des „verarbeitenden Gewerbes“.

Im Mai nun reagierten auch die Steuerschätzer. Sie reduzierten ihre Schätzung der Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Kommunen für den Zeitraum 2019 bis 2023 um insgesamt 123 Milliarden Euro. Prompt reagierte am 13. Mai Niedersachsens Finanzminister Reinhold Hilbers: „Wir haben in Niedersachsen Kurskorrekturen vorzunehmen.“ In Zukunft gäbe es für „keine Handlungsspielräume mehr“. Da ist zwar auch viel übliches Geklingele vor Haushaltsberatungen im Spiel, aber diese im kapitalistischen System angelegte Haushaltsebbe mit Ankündigung wird indirekt und direkt Auswirkungen auf unser aller Leben in Kreis Göttingen haben. Bereits in die Debatte eingebracht wurde seitens der CDU das Einkassieren der geplanten finanziellen Besserstellung von Lehrkräften an Grundschulen. Diskussionen um die materielle Ausstattung von Schulgebäuden oder gar Neubauten oder Grundsanierungen werden folgen.

Zwar herrscht weiter – bis in die sozialdemokratisierte Linke hinein – der Unwillen, der sich abzeichnenden Dauerkrise der auf Tauschwirtschaft beruhenden Produktionsweise ins Auge zu sehen. Aber die Symptome dieser sich als Siechtum ausprägenden finalen Krise nehmen für jeden, der sehen mag, zu: Neben den spürbaren Klimaveränderungen, die ja letztlich nur Resultat des inneren Zwangs dieses Systems sind, zur Aufrechterhaltung der stetigen Verwandlung von Geld in mehr Geld (G-G) immer mehr Naturreichtümer als Waren zu verheizen, lassen nun trotz dieser naturzerfressenden Gier die inneren Wachstumskräfte in allen kapitalistischen Zentren nach. Letztlich ist das Resultat des von marxistischer Seite schon länger angekündigten Hinausdrängens der Ware

Mitgliederversammlungen im Juni

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 04. Juni, 20:00 Uhr

Auswertung der Wahlen zum Europäischen Parlament

MV Dienstag, 18. Juni 20:00 Uhr

Die Themen standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Arbeitskraft aus dem Produktionsprozess und damit der Untergrabung der eigenen Grundlagen des auf Ausbeutung dieser Ware beruhenden Systems. Diese fundamentale Krise wird – in Form von Zerrüttung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, steigenden Rüstungsausgaben und nun auch zurückgehenden öffentlichen Einnahmen – um uns im Göttinger Land keinen Bogen machen. Ms)

Das Festival der Jugend 2019



Das Festival der Jugend findet **vom 07. bis zum 10. Juni 2019** wieder in Köln, im Jugendpark am Rheinufer statt. Zu einem der größten linken politischen Jugendfestivals Deutschlands werden nicht nur wieder sehr nice Künstlerinnen und Künstler kommen und für Musik sorgen. Ob Antifa oder Antimilitarismus, Gewerkschaftsarbeit oder Kämpfe in der Schule, Rassismus oder Sexismus in dieser Gesellschaft – in zahlreichen unterschiedlichen Workshops und Vorträgen wollen wir uns austauschen, diskutieren und voneinander lernen. „Zeit für Widerstand!“ lautet das Motto des Festivals.

Mehr unter: www.festival-der-jugend.de/festival2019/

GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Ortsrat Grone:

▶ Göttinger Linke lehnt – als einzige Stimme – die Mieterhöhungen ab

Am 25. April ging's im Ortsrat Grone um's Ganze: Die Verwaltung hatte alle Einwände der BürgerInnen zum Bebauungsplan in Grone-Süd und Grone-Nord abgelehnt. Der Ortsrat musste sich nun dazu verhalten.



Das erschütternde Ergebnis zuerst: Bis auf eine Stimme, die Stimme von Hendrik Falkenberg, votierten alle OR-Mitglieder für die Vorlage der Verwaltung

der Stadt – und damit für unverantwortliche Mieterhöhungen für hunderte von MieterInnen!

Im Einzelnen:

Der CDU – Vertreter Eilert sprach sich zu Anfang der Diskussion zwar gegen den B-Plan aus, war dann bei der Abstimmung allerdings nicht mehr da.

Die SPD glänzte vor allem durch „Nicht-Wissen“: Frau Wucherpfennig rückte Hr. Falkenberg – unwidersprochen von ihren eigenen GenossInnen und auch der Ortsbürgermeisterin - in die Nähe von „Verleumdung“ als dieser darstellte, dass nicht eine einzige der geplanten neuen Wohnungen zum „bezahlbaren

Wohnraum“ gehören wird – wie es im Städtebaulichen Vertrag ausdrücklich vereinbart ist. Sie glaubte ernsthaft immer noch daran, dass knapp 50 dieser neuen Wohnungen zum Preis von 5,60 bis 7,00 €/qm vermietet werden. Offenbar hatte sie die vorliegenden Unterlagen einfach nicht gelesen!

Bei den VertreterInnen der Grünen waren offensichtlich noch nicht die Signale ihres Parteitages und ihres Ortsverbandes angekommen, bei denen der Erhalt „bezahlbaren Wohnraums“ in den Mittelpunkt ihrer Politik gestellt wurde.

Die zahlreich erschienenen MieterInnen zeigten sich fassungslos über die Unkenntnis der SPD, aber auch über die Dreistigkeit der Grünen, ihre Ängste, ihre Bedenken und ihre Argumentationen zur Kenntnis zu nehmen.

Die MieterInneninitiative beschloss dann auch folgerichtig, zu einer Kundgebung am 15.5. vor der endgültigen Abstimmung in der Ratssitzung aufzuziehen. (gs)

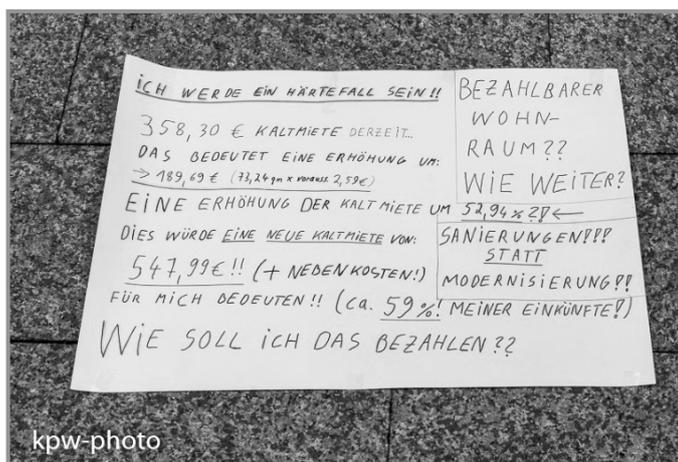
Kundgebung am 15.5. vor dem Rathaus:

▶ Stoppt ADLER – bezahlbaren Wohnraum erhalten

Etwa 50 Personen waren der Aufforderung der MieterInneninitiative Grone gefolgt, vor der Ratssitzung noch einmal deutlich zu machen, dass sie bezahlbaren Wohnraum brauchen. MieterInnen aus den Vonovia-Wohnungen und der

Wohnrauminitiative sind neben den GronerInnen gekommen. Sie hatten eigene Transparente mitgebracht, auf denen sie ihre Situation anschaulich darstellten (s. Bild).

Doch leider hat dies nicht geholfen:



kpw-photo



Obwohl die Grünen im letzten Moment noch ihr sozialpolitisches Gewissen entdeckt hatten – sie haben die B-Planänderung nun doch abgelehnt - hat die Mehrheit des Rates mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD diesen B-Plan beschlossen!

Der Höhepunkt sozialdemokratischer Kompetenz war die

Aussage von Frau Binkenstein während der Ratssitzung, dass 45% der neuen Wohnungen in Grone zu bezahlbaren Mieten angeboten werden. Obwohl dies bereits in der Ortsratssitzung in Grone richtiggestellt wurde, hatte sie nichts mitbekommen.

Trotz der Erkenntnis, die sie mitten in der Ratssitzung erteilte, als sie den monatelang vorliegenden „Städtebaulichen Vertrag“ noch einmal anschaute, ließen sich die „GenossInnen“ nicht darauf ein, noch einmal Beratungsbedarf anzumelden, um mindestens den Sozialplan nachzubessern – wie es die Grünen beantragt hatten. (gs)



DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung:

Die nächste Kreismitgliederversammlung findet nach den Sommerferien statt.
(voraussichtlich im August)

Jugendverband [‘solid’]:

In der Regel wöchentlich: Donnerstag, 19.30 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Str. 73

Kommunalpolitischer Arbeitskreis

Mittwoch, 19. Juni, 19.00 Uhr, Neues Rathaus, Raum 1118
Tarifgutachten ÖPNV mit Eckhard Fascher

Termine der Ortsverbände:

OV Göttingen Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 12. Juni 2019, 19:00 im Saal der Roten Hilfe, Lange Geismar Str. 3, Göttingen
Schwerpunktthema: EU-Wahlen: Rückblick und Auswirkung

OV Altkreis-Osterode Mitgliederversammlung:

Termin bitte bei Ilyas Cangöz (vgl. Adressenspalte).erfragen!

OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Freitag, 14. Juni, 19:00 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld

OV Bovenden Mitgliederversammlung

Nächsten Termin bitte bei Marius Fedry (vgl. Adressenspalte).erfragen.

Veranstaltung des OV Göttingen mit LeserInneninitiative „junge Welt“

Die autoritäre Wende

Referent: **Sebastian Carlens**, stellv. Chefredakteur der Tageszeitung „junge Welt“

Freitag, 14. Juni 2019, 19:00 Uhr im Saal der Roten Hilfe, Lange Geismar Str. 3, Göttingen

Die Aufrüstung der Europäischen Union an ihren Außengrenzen findet seine Entsprechung im reaktionären Umbau der Mitgliedsstaaten. In der BRD werden Geheimdienste und Polizeibehörden hochgezüchtet und mit immer neuen Rechten versehen. Eine Justizreform schwächt die Möglichkeiten der Verteidiger. Und der berüchtigte Verfassungsschutz soll nun bereits Minderjährige bespitzeln - auch ohne richterlichen Beschluss. Auch wenn es aktuell gar keine ernsthafte Systemopposition gibt, planen die Repressionsorgane bereits den autoritären Staatsumbau: Zur Niederschlagung von Streiks, zur Unterdrückung jeder progressiven Opposition. Wie lässt sich dieser Rechtsruck aufhalten?

Jetzt Mitglied werden!

Mitmachen und einmischen! Für Solidarität und soziale Gerechtigkeit.

Gegen Waffenexporte und Kriegseinsätze der Bundeswehr.

Für mehr Demokratie und eine gerechte Verteilung des Reichtums. **Hier kannst Du sofort und online Deinen Eintritt in die Partei DIE LINKE erklären.**

<https://www.die-linke.de/mitmachen/mitglied-werden/>

KV Göttingen/Osterode

Lange Geissmarstraße 2, 37073 Göttingen
Tel.: 0551 49 28 03 28
kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Mail: [solid\(at\)solid-goettingen.de](mailto:solid(at)solid-goettingen.de) und bei facebook
Homepage: <https://solid-goettingen.de/>

Hochschulgruppe SDS: Katja Sonntag,
E-Mail: katja.sonntag@die-linke-goettingen.de

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:
ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368
rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Marius Fedry, Tel. 0159 01282354
bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz
kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,
dransfeld@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

E-Mail: Hann.Muenden@die-linke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973
Festnetz: 0551-40137061
eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386
edgar.schu@goettinger-linke.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,
E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer
E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,
E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

AG Antifa:

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Eckhard Fascher,
E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de
<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG
IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

► DIE LINKE.Tournee machte Halt in Göttingen

Am 9. Mai hatte am Göttinger Wilhelmplatz die zentrale Wahlkampfveranstaltung der LINKEN in Göttingen stattgefunden. Zu Gast waren die Bundestagsabgeordnete Amira Mohamed Ali aus Oldenburg und die Landesvorsitzende Heidi Reichinnek.

Im Mittelpunkt standen dabei die Themen Pflege und Mieten. Zu dem Zweck dominierte ein aufblasbarer Miethai und ein großer Aufsteller zur Pflege die Ecken des Wilhelmplatzes.

Zu Beginn der Veranstaltung fand eine Aktion von Pflegekräften gegen die geplante Pflegekammer und die miesen Arbeitsbedingungen in der Pflege statt. Die Initiatorin der Proteste der Pflegekammer, Jeannette Kasel, wendete sich gegen die Zwangsmitgliedschaft in einer Pflegekammer, die nicht die Interessen der Beschäftigten, sondern die der Arbeitgeber vertritt.

Moderiert wurde die Veranstaltung durch die Landesvorsitzende Heidi Reichinnek. In Interviews nahmen Edgar Schu und Eckhard Fascher Stellung zu kommunalen und allgemeinen politischen Fragen.

Edgar Schu stellte einerseits dar, wie unausweichlich es ist, dass bezahlbarer Wohnungsbau vornehmlich durch kommunale Wohnungsunternehmen geleistet werden müsse. Denn die private Wohnungswirtschaft verfolge ihrer Natur nach nur Gewinninteressen und unterlaufe sämtliche Vereinbarungen für niedrigere Mieten, wie die Erfahrungen, zuletzt in Grone, zeigten. Die Interviewerin, Heidi Reichinnek, fragte dann provokativ, wo denn das Geld für den kommunalen Wohnungsbau herkommen solle. Wahrscheinlich aus höheren Steuern, die alle zahlen müssten? Als Antwort darauf machte Edgar Schu darauf aufmerksam, dass nur alle anderen Parteien vor allem die Menschen mit normalen Einkommen mit immer höheren Steuern und Abgaben und gleichzeitig immer höheren Mieten belasten, indem sie den Wohnraum immer mehr dem Markt überlassen. DIE LINKE sei durch

die gezielte Besteuerung vor allem der Allerreichsten in der Lage, die große Mehrheit der Bevölkerung nicht nur durch kommunalen Wohnungsbau zu entlasten, sondern auch direkt bei Steuern und Abgaben. Mit den Worten „Das rechnet sich“ machte er auf das Steuerkonzept der LINKEN und das im Bundestagswahlkampf innerhalb von Niedersachsen verbreitete informative Faltpapier aufmerksam.

Eckhard Fascher nahm gleich zu drei Themen Stellung:

- Angesichts der Wohnungsnot in Göttingen bezeichnete er es als nicht hinnehmbar, dass die Kreisverwaltung die Erstattung der Mietkosten für Hartz-IV-Empfänger möglichst niedrig halten wolle. Die Erstattung orientiert sich hier an so genannten „schlüssigen Konzepten“, die bisher allesamt von den Sozialgerichten als un schlüssig disqualifiziert worden.
- Er bezeichnete es als Skandal, dass Rentner durchschnittlich lediglich noch 900 Euro Rente zu erwarten. Als Vorbild bezeichnete er Österreich, wo das Niveau über 500 Euro höher liegt. Die Menschen dort haben keine Angst vor der Altersarmut. Anders als in Deutschland zahlen aber Alle in die Rentenkasse ein, die Rentenbeiträge sind insgesamt höher, wobei die Arbeitgeber mehr zahlen als die Beschäftigten.
- Angesichts der anstehenden Diskussion im Kreistag um Veränderungen in der Tarifstruktur im ÖPNV, warb er für eine deutliche Preissenkung, damit auch Menschen vom Auto umsteigen und auch ein kommenschwache Menschen und Nicht-Autofahrer mobil sein können. Fernziel bleibt ein gut ausgebauter ticketloser ÖPNV.

Den Abschluss machte die Bundestagsabgeordnete Amira Mohamed Ali. In einer glaubwürdigen Rede machte sie deutlich, dass einzig DIE LINKE ein politisches Programm verfolgt, das nicht nur den Allerreichsten zugute kommt. Darüber

hinaus ist DIE LINKE die einzige Bundespartei, die sich dem deutschen Wahnsinn, auf 100 Mrd. Euro Rüstungsausgaben pro Jahr zuzusteuern, entgegenstellt. Amira zeigte den Zusammenhang von Lebensverhältnissen und Ökologie auf: „Wir wollen, dass die Menschen direkt von einer umweltfreundlicheren Politik profitieren. Und dazu gehört für uns LINKE ein flächendeckender, kostengünstiger öffentlicher Nahverkehr.“ Dieses Angebot müsse eine kostengünstigere, gut in der Fläche und zuverlässig verfügbare Alternative zum Auto werden. Sie verdeutlichte außerdem, wie unter Druck stehende Einkommen von Millionen in prekären Verhältnissen lebenden und arbeitenden Menschen auf fatale Art und Weise die Grundlage liefern für Landwirtschaft, die mit Pestizideinsatz und Megaställen Raubbau an Mensch, Tier und Umwelt begeht. „Auch deshalb fordern wir einen höheren Mindestlohn, allgemein verbindliche Tarifverträge, höhere Renten und bessere Sozialleistungen.“ verdeutlichte sie zum Schluss ihrer Rede diesen Zusammenhang, der klar machte, dass nach all den Erfahrungen mit vergangenen Regierungen eine ökologisch konsequente Politik einzig von der LINKEN erwartet werden kann.

Musikalisch umrahmt wurde das Programm durch den Bielefelder Sänger und Rapper Ali-Safari, der seit über 20 Jahren in verschiedenen Bands, Projekten und als Solo-Artist in der deutschen Reggae- und Hip-Hop-Szene unterwegs ist. Nicht nur in Göttingen unterstützt er DIE LINKE mit seiner Musik und gesellschaftskritischen Texten. Danke auch an ihn für dieses gelungene Wahlkampfevent!

Noch besser wäre die Veranstaltung nur gewesen, wenn es noch deutlich mehr Zuhörer*innen gegeben hätte.

ef/esch

Miethaie zu Fischstäbchen!





DIE LINKE LV Niedersachsen am 15. Mai 2019:

► Zukunftsinvestitionen statt Schwarzmalerei

LINKE fordert Investitionsprogramm für sozialen Wohnungsbau und den Ausbau der öffentlichen Schulen, Kitas und Hochschulen

„Finanzminister Hilbers tut gerade so, als sei ein dramatischer Einbruch der Steuereinnahmen zu befürchten. Dabei sagt die jüngste Steuerschätzung lediglich ein schwächeres Ansteigen der prognostizierten Steuermehreinnahmen voraus. Diese Schwarzmalerei des Finanzministers ist verantwortungslos und soll Niedersachsen auf einen harten Sparkurs einschwören“, kommentiert Lars Leopold, Landesvorsitzender der niedersächsischen LINKEN, die jüngsten Äußerungen von Finanzminister Reinhold Hilbers (CDU). Leopold weiter: „Die ‚Schwarze Null‘ und Schuldenbremse dürfen kein Dogma sein. Statt ewig bei

den Ausgaben zu sparen, muss endlich einmal die Einnahmenseite beleuchtet und die Reichen und Vermögenden angemessener an der Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden. Deshalb sollte sich die Landesregierung dafür engagieren, über eine Bundesratsinitiative eine gerechte Vermögenssteuer einzuführen. Das wäre angesichts maroder Schulen, überfüllter Krankenhäuser, fehlender Kindergärten und fehlender preiswerter Wohnungen endlich mal eine Entscheidung für die Mehrheit der Menschen im Land.“

LINKEN-Co-Vorsitzende Heidi Reichinnek ergänzt: „Das Gerede von der

‚Schwarzen Null‘ soll davon ablenken, wie ungerecht unser Steuersystem ist. Mit einer gerechten Besteuerung der Vermögenden wäre eine Neuverschuldung und damit auch die Schuldenbremse gar nicht nötig. Im Gegenteil – Dann wäre es umgehend möglich, ein massives Investitionsprogramm u.a. für sozialen Wohnungsbau und den Ausbau der öffentlichen Schulen, Kitas und Hochschulen aufzulegen, das allen Menschen zugutekommt. Stattdessen spart die Landesregierung das Land weiter kaputt. Die Schuldenbremse und der vom Finanzminister angekündigte Sparkurs setzen den falschen Anreiz, selbst dann auf notwendige Zukunftsinvestitionen zu verzichten, wenn sie extrem preiswert zu finanzieren sind. Funktionierende Verwaltungen, die Sicherheit der Bürger, intakte Straßen und Schulgebäude, ausgeschlafene Pflegekräfte und genug Wohnraum für alle, kurz: die Handlungsfähigkeit des Staates hat für die Landesregierung offenbar keine Priorität.“

<https://www.dielinke-nds.de/start/aktuell/detail/news/zukunftsinvestitionen-statt-schwarzmalerei/>

Presseerklärung der Gruppe LINKE/PIRATEN/PARTEI+ im Kreistag Göttingen am 14.05.2019:

► Naturschutzstatus für Adelebser FFH-Gebiet

Die Gruppe LINKE/PIRATEN/PARTEI+ im Göttinger Kreistag fordert ein wirksames Schutzregime für das geplante FFH-Gebiet 402 „Schwülme und Aushöhlung“.

Die jetzige Beschlussvorlage der Verwaltung des Landkreises sieht für das FFH-Gebiet in der Gemeinde Adelebsen lediglich den Status eines Landschaftsschutzgebietes vor. Dieser minimalistische Ansatz wird nach Auffassung der Kreistagsgruppe den bestehenden Zielsetzungen des Natura2000-Konzeptes der Europäischen Union nicht ausreichend gerecht.

Die Kreistagsgruppe hatte bereits in der Vergangenheit wiederholt kritisiert, dass

die gemäß EU-Recht als Natura2000-Schutzgebiete auszuweisenden Flächen, soweit es sich nicht schon vorher um Naturschutzgebiete handelte, nur mit dem deutlich geringeren Schutzregime eines Landschaftsschutzgebietes ausgestattet werden.

Gruppenvorsitzender Dr. Eckhard Fascher: „Das geplante FFH-Gebiet muss als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden, um es wirksam schützen und entwickeln zu können. Ebenso wenig zielführend ist auch die Zersplitterung des Gebiets in drei Teilstücke, die fallweise erheblich voneinander entfernt liegen und folglich nur sehr eingeschränkt miteinander in Verbindung stehen. Dies verhindert, dass längerfristig eine subs-

tanzielle Verbesserung des Erhaltungszustandes des FFH-Gebiets erreicht wird, wie dies durch die Zielvorgaben der EU angestrebt wird.

Wir fordern die Errichtung eines zusammenhängenden Naturschutzgebietes, das auch die im Landkreis Northeim anschließenden Abschnitte des FFH-Gebietes umfasst. Es geht nicht an, dass die ursprünglich sehr ambitionierten Naturschutzziele den wirtschaftlichen Interessenlagen einiger weniger Lobbys untergeordnet werden und – zu Lasten der Allgemeinheit als auch späterer Generationen – zu einer weitreichenden Aushöhlung des Schutzkonzeptes führen.“

Zusatzbemerkung: Der Umweltausschuss stimmte am 15.5. gegen die Stimme von Eckhard Fascher als Gruppenvertreter für die Errichtung eines Landschaftsschutzgebietes. In der entscheidenden Kreistagssitzung im Kreistag am 23.5. war wiederum eine deutliche Mehrheit durch SPD, CDU, Grüne und FLWG zu erwarten.

DIE LINKE. im Landkreis Göttingen

► Tarifgutachten für den ÖPNV – Was wird vorgeschlagen?

von Eckhard Fascher

Längst scheint es überfällig: Am 20. Mai ist im zuständigen Wirtschafts- und Verkehrsausschuss des Göttinger Kreistags ein Gutachten zur Tarifstruktur des Zweckverbandes Verkehrsverbund Südniedersachsen (ZVSN) der Hamburger Firma civity präsentiert worden, das verschiedene Verbesserungsmaßnahmen auflistet und dabei Kosten und Auswirkungen benennt. Das ZVSN-Gebiet umfasst die Kreise Göttingen, Northeim und Holzminden, nicht aber den innerstädtischen Verkehr in Göttingen, der im Verantwortungsbereich der Stadt liegt.

Eine Diskussion der Maßnahmen ist für die schon nach Redaktionsschluss liegende Ausschusssitzung und die am 23. Mai stattfindende Kreistagssitzung noch

nicht vorgesehen. Laut Beschlussvorschlag soll die Kreisverwaltung aufgrund des Gutachtens Maßnahmen erarbeiten und dann vorschlagen. Theoretisch wären schon Entscheidungen bei der darauf folgenden Kreistagssitzung am 3. Juli denkbar, wahrscheinlicher erscheint es aber, dass diese dann im Herbst fallen. Wie viel dann passiert bleibt abzuwarten. Immerhin erlebt es der Verfasser in 12,5 Jahren Kreistagstätigkeit das erste Mal, dass konkrete Veränderungen der Tarifstruktur mal durch gerechnet werden, auch wenn Nachfrageveränderungen letztendlich nur sehr schwer vorausszusagen sind. Es ist das erste Mal, dass überhaupt über substantielle Veränderungen gesprochen wird.

Quelle der Tabellen: Tarifgutachten zum VSN-Tarif Phase II – erstellt vom Civity Consult Management

Zusammenfassende Ergebnisübersicht: Tarifniveau

Nr.	Maßnahme	Parameter	Effekt (T €)	Netto-Effekt (T €)	Effekt (T Fahrten)
7	Landkreis-Holzminden-Ticket	Preissetzung: 62,50 €	-47	-47	5
10b	5€-Ticket	Maximalpreis der Einzelfahrt: 5€	-2.531	-2.139	31
10c (V1)	5€-Offpeak-Ticket	Gültigkeit ab 9 Uhr	-603	-603	8
10c (V2)	5€-Offpeak-Ticket	Gültigkeit ab 10 Uhr	-570	-570	8
10d	Dämpfung der Preise in höheren Preisstufen	Absenkung Maximalpreis auf 8,70 (PS 8), zw. PS 4 und 9 interpoliert	-1.083	-867	15
10d	Dämpfung der Preise in höheren Preisstufen	Absenkung Maximalpreis auf 7,40 (~PS 7), zw. PS 3 und 9 interpoliert	-2.184	-1.645	31
12	Rabattanhebung Kindertarif	Rabatt zum regulären Bartarif: 50 %	-136	-136	3
17	Preisstufe C im Binnenverkehr aller Zonen		-80	-15	1
19 (V1a)	Niedrigere Ausbildungstarife	Verbundweite Monatskarte: 49,50 €	-3.383	-1.635	38
19 (V1b)	Niedrigere Ausbildungstarife	Verbundweite Monatskarte: 31,80 €	-7.893	-2.481	88
19 (V2)	Niedrigere Ausbildungstarife	Anhebung des Rabattes zu regulären Zeitkarten auf 50 %	-5.264	-1.265	54

Zusammenfassende Ergebnisübersicht: Nutzungskonditionen

Nr.	Maßnahme	Parameter	Effekt (T €)	Netto-Effekt (T €)	Effekt (T Fahrten)
5	Ausweitung Semestertickets	Gültigkeit in Regionalbussen	-464	-464	8
9	Kostenlose Fahrradmitnahme	Mitnahme auch im SPNV, Sperrzeit WT 6-10 Uhr	-10	-10	3
16	Schüler-Fahrtkostenerstattung in Sek II		2.316	-3.303	450
24	Tageskarte in Länderticketlogik	Preissetzung: Karte für 2-4 Personen günstiger als heutige Kleingruppenkarte, Karte für 5 Personen identischer Preis	-48	-48	7

IST-Zustand

Anders als in der Stadt Göttingen ist der ÖPNV in der Fläche in der Hand von privatwirtschaftlich organisierten Busunternehmen, die mit den Kreisen den ZVSN bilden. Der Schülerverkehr hat hier einen Anteil von rund 80% und finanziert dort faktisch den ÖPNV.

Von LINKER Seite wurden hier wiederholt sowohl die hohen Preise im ZVSN als auch die schlechte Anbindung einzelner Orte kritisiert. Dies führt dazu, dass außerhalb der Stadt Göttingen die Menschen weitgehend auf das Auto angewiesen sind, Personengruppen wie Jugendliche oder Senioren bleiben dadurch immobil. Klimaschutzpolitik sieht anders aus. Letztendlich leidet aber der ÖPNV unter chronischem Geldmangel.

Einzelne untersuchte Maßnahmen

Wenn wir einzelne Maßnahmen betrachten, so scheint es gut möglich, dass vor allem das durchgeführt wird, was von Dritten bezahlt wird. Das gilt für eine **Ausweitung des Semestertickets** für Studierende, das kostenlose Bahnfahrten in Niedersachsen ermöglicht, aber Busfahrten außerhalb des Stadtgebietes nicht einschließt. Die Ausweitung auf die ZVSN-Regionalbusse würde jeden Studierenden ohne Zuschüsse pro Semester 7,40 Euro kosten.

Die Einführung einer **Premiumvariante beim Firmenabo** mit Wochenendgültigkeit und Personenmitnahmemöglichkeit würde sogar Erlöse von 25.000 Euro bringen.

Viele sinnvolle und notwendige Maßnahmen wie die Einführung eines Sozialtarifs oder die Dämpfung des Preises auf fünf Euro werden mit jährlichen Kosten von über zwei Millionen für das gesamte ZVSN-Gebiet veranschlagt. Zu einzelnen Maßnahmen, bei denen die angegebenen Kosten pro Jahr und für das gesamte ZVSN-Gebiet angegeben werden:

- **Das 5-Euro-Ticket:** Im Kommunalwahlkampf 2016 hatte Landrat Bernhard Reuter versprochen, dass eine Fahrt von einem beliebigen Ort im Landkreis nach Göttingen nicht mehr als 5 Euro kosten dürfe. Zur Zeit sind es von Herzberg 10,80 Euro sowie von Duderstadt und Hann. Münden nach Göttingen 8,70 Euro, für Monatskarten sind es 175,50 und Schülerkarten 131,40 Euro. Zur Umsetzung schlagen die Gutachter vor, dass bis zum Höchstpreis von fünf Euro die Preisstufen unverändert bleiben.

(...) weiter auf Seite 12



Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

► Ein schwarzer Tag für den bezahlbaren Wohnraum

Wir dokumentieren die Rede von Bärbel Safieh im Rat der Stadt am 17. Mai (leicht gekürzt)

Sehr verehrte Anwesende,

heute ist höchstwahrscheinlich ein schwarzer Tag für den bezahlbaren Wohnraum in Göttingen. Insbesondere ein schwarzer Tag für die MieterInnen der Adler AG in Grone. Ich freue mich, dass doch so viele von Ihnen zu dieser Ratssitzung gekommen sind, auch wenn ich weiß, wie frustrierend die bisherigen Vorgänge in Politik und Verwaltung für Sie waren. (...)

Wir als Göttinger Linke haben von Anfang an unsere Bedenken gegen die Aufstockungspläne der Adler immer wieder deutlich gemacht. Im Bestand der Adler AG in Grone gibt es noch ca. 1000 bezahlbare Wohnungen. Wenn Sie heute den B-Planänderungen zustimmen, werden ca. 600 dieser Wohnungen aus dem bezahlbaren Bereich rausfallen. Die Mieten werden sich um 100 bis 200 Euro je nach Größe der Wohnung erhöhen.

Was bewegt Sie, dies zu wollen? Immer wieder werden folgende Gründe genannt:

Argument 1: Wir brauchen neue Wohnungen.

Aber: Jeder der hier Anwesenden weiß, dass wir in allererster Linie bezahlbaren Wohnraum brauchen. Aber wieviele Ratsmitglieder können sich praktisch vorstellen, sich Wohnen nicht mehr leisten zu können?

Teure Wohnungen werden an vielen Orten in Göttingen gebaut. Sogar die Genossenschaften bieten Neubauten im gehobenen Segment an. Um bezahlbaren Wohnraum müssen wir bei jedem Bauvorhaben verzweifelt ringen und verhandeln. Und dann wollen Sie ca. 600 günstige Wohnungen in Grone aufgeben, um 200 teure zu bekommen? Dies ist mit dem gesunden Menschenverstand einfach nicht zu begreifen.

Noch im letzten Groner Ortsrat wurde die irri ge Annahme geäußert,

von den 177 aufgestockten Wohnungen würden 45 % bezahlbar angeboten. Großer Irrtum: Im Bestand der jetzt noch überwiegend günstigen Wohnungen bleiben lediglich 80 bei 5,60 bzw. 7 Euro/qm.

Eine erschreckende Vorstellung, dass manche von Ihnen aufgrund falscher Annahmen heute entscheiden.

2. Argument: Die Adler könne auch ohne unsere Zustimmung bauen und modernisieren.

Haben Sie der Adler AG während all der Ortsrats- und Bauausschusssitzungen nicht zugehört? Wieder und wieder betonte der Vertreter: Nur wenn sie das volle Programm verwirklichen könnten, wäre die Investition rentabel für sie.

3. Argument: Der versprochene Kindergarten

Aber: Rechnen Sie einmal die jährlichen Mehrkosten an Sozialleistungen zusammen, wenn die Mieten um ca. 2 Euro/qm steigen! Von diesem Geld könnte die Stadt selber einen Kindergarten bauen!

Wider besseres Wissen wird auch immer wieder behauptet, die geplanten Aufstockungen und Modernisierungen kämen den MieterInnen zugute.

Aufzüge, die auf halber Treppe halten, bringen keine Barrierefreiheit.

Balkonerweiterungen, die zu 1 Euro mehr Miete pro qm führen, wollen die wenigsten MieterInnen.

(...) Wieso glauben Sie, verehrte Ratskolleginnen, trotzdem so hartnäckig daran, dass Maßnahmen im Sinne der MieterInnen sind?

(...) Der städtebauliche Vertrag nach § 180 BauG, wo der Sozialplan der Adler AG lediglich abgeschrieben wurde, soll angeblich die negativen Folgen abmildern.

Im letzten Bauausschuss äußerten auch KollegInnen anderer Fraktionen Zweifel daran, ob dieser Vertrag die

Kontakte:

Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dr. Eckhardt Fascher,
Oliver Preuß, Bärbel Safieh,
Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr
Mi. 14:00 – 17:00 Uhr
Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Rolf Ralle (Fraktionsvorsitzender)
Bärbel Safieh
Edgar Schu

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

19.00 Uhr, Neues Rathaus, Raum 1118

19. Juni:

Thema:

ÖPNV im Landkreis Göttingen.

Eckhard Fascher stellt das neue Tarifgutachten vor.

MieterInnen ausreichend schützt. Sie könnten heute noch Beratungsbedarf anmelden, um den Sozialplan nachzuverhandeln und konkreter und verbindlicher zu machen!

Ansonsten fällt heute die endgültige Entscheidung darüber, ob der Alptraum der Mieterhöhung für die Groner MieterInnen, Realität wird. ... Wer A sagt, muss nicht unbedingt B sagen. Er kann auch erkennen, dass A falsch war! Vielen Dank!

Anmerkung: Das Ergebnis der Ratssitzung ist auf der Grobian-Seite (Seite 5) zu lesen.

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke
 im Rat der Stadt Göttingen

Ratsinfo

 Juni 2019
 aktuell

Die Stadthalle, der Verkehr und ein neues Dezernat.

In der Ratssitzung vom 17.5.2019 wurde nach fast 2-stündiger Diskussion beschlossen, dass die marode Stadthalle an gleicher Stelle wieder saniert werden soll. Dabei überraschten die Grünen mit einem gemeinsamen Antrag mit der SPD. Hatten die Grünen noch in der Sitzung im April zusammen mit der CDU, der FDP, mit uns und den Piraten einen sofortigen Baustopp erwirkt, so zogen sie zur Überraschung aller nun Trick 17 aus dem Hut.

Für die Sanierung der Stadthalle wurde ein komplett neues Fass aufgemacht: Die Zukunft des Verkehrs in der östlichen Innenstadt, zugeschnitten auf die Stadthalle. Der Ansatz, nämlich den Individualverkehr aus der Innenstadt herauszuhalten, ist eigentlich gar nicht verkehrt, da haben wir überhaupt nichts gegen. Nur ist das leider kein Konzept, was man so unmittelbar mit Mehrausgaben für die Stadthalle verquicken sollte. Das sollte dann schon ein komplettes Konzept für die Innenstadt und die angrenzenden Stadtteile insgesamt sein. Die CDU war dementsprechend natürlich pikiert: bisher galten die Grünen mit ihrer Idee für eine autofreie Innenstadt doch mehr oder weniger isoliert und CDU und SPD konnten sich aufeinander verlassen, dass so etwas in Göttingen nicht kommt. „Wie schlimm muss es bei der SPD im Moment aussehen, dass sie sich darauf einlässt“, monierte der CDU-Abgeordnete Arnold. In diesem von Grünen und SPD verfassten Papier taucht dann noch ein privat betriebenes Parkhaus unter dem Albaniplatz auf, von dem alle wissen, dass es das nie geben wird. Zudem soll ein Shuttle-Bus-System zur Stadthalle führen wenn dort Veranstaltungen stattfinden. Warum das Deutsche Theater, oder das Apex nicht auch gleich mit bedacht werden zeigt doch eigentlich nur die Halbherzigkeit und dass das ganze System sicher so nicht umgesetzt wird. Dieses ganze Verkehrssystem konnte so natürlich nicht beschlossen werden, dafür ist es doch zu einschneidend, es wurde also noch einmal in den Ausschuss verwiesen. Und wie kommt es da wieder raus?

Wir sehen in diesem vorgeschlagenen Konzept doch eher den Ansatz von den Grünen für ein neu zu schaffendes Dezernat für: Umwelt, Klima, nachhaltige Mobilität und Stadtentwicklung. Dazu muss man wissen: Der Vertrag von Stadtbaurat Dienberg wird nicht über den Februar 2020 hinaus verlängert, das entscheidet der OB ganz alleine. Und der OB informierte darüber seine Partei, die SPD und die Grünen. Noch bevor alle anderen Fraktionen darüber informiert waren, beantragten die Grünen eine Änderung des Zuschnitts des Dezernats. Generell sind wir gar nicht gegen ein solches Dezernat was vor allem die Mobilität zur Kernaufgabe hat, aber die Diskussion jetzt in diesem Zusammenhang zu eröffnen, hat doch mehr als ein Geschmäcke. Man möchte doch fast darauf wetten, welche Fraktion denn dieses neue Dezernat in Zukunft bekleiden wird. Wir wetten darauf, dass die Grünen sich mehr Einfluss davon versprechen und die SPD wird dann das klassische Baudezernat bekleiden.

Durchgewinkt wurde also die Aufhebung des Baustopps der Stadthalle und damit werden jetzt Fakten geschaffen obwohl die Fragen, die zu dem Baustopp führten überhaupt nicht beantwortet sind. Seitenlang waren die Anfragen der Grünen an die Verwaltung zu Kosten einer neuen Halle bei der Lokhalle, zur Kontaminierung des Bodens dort, zu neuen Ausschreibungsmodalitäten. Nichts davon wurde befriedigend beantwortet. Und dann der plötzliche Sinneswandel bei den Grünen, einfach nicht nachvollziehbar. Mit keinem Wort wird in dem verabschiedeten Papier darauf eingegangen, woher denn die 10 Mio. Mehrbedarf eigentlich kommen sollen. Im letzten Satz der Begründung lesen wir: „Wir werden dafür sorgen, dass die in Zukunft notwendigen Investitionen in Kultur, Bildung und Mobilität nicht gefährdet werden.“ Wie die grüne Ratsfraktion das bewerkstelligen will, bleibt aber ihr großes Geheimnis.

Durchgewinkt wurde also die Aufhebung des Baustopps der Stadthalle und damit werden jetzt Fakten geschaffen obwohl die Fragen, die zu dem Baustopp führten überhaupt nicht beantwortet sind. Seitenlang waren die Anfragen der Grünen an die Verwaltung zu Kosten einer neuen Halle bei der Lokhalle, zur Kontaminierung des Bodens dort, zu neuen Ausschreibungsmodalitäten. Nichts davon wurde befriedigend beantwortet. Und dann der plötzliche Sinneswandel bei den Grünen, einfach nicht nachvollziehbar. Mit keinem Wort wird in dem verabschiedeten Papier darauf eingegangen, woher denn die 10 Mio. Mehrbedarf eigentlich kommen sollen. Im letzten Satz der Begründung lesen wir: „Wir werden dafür sorgen, dass die in Zukunft notwendigen Investitionen in Kultur, Bildung und Mobilität nicht gefährdet werden.“ Wie die grüne Ratsfraktion das bewerkstelligen will, bleibt aber ihr großes Geheimnis.

Kontakt Daten

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
 Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 Telefon: 0551- 400 2347
[goeLinke-
Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

Fraktionsmitarbeiter:
 Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
 Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
 Di: 13:00 – 17:00 Uhr
 Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
 Do: 13:00 – 17:00 Uhr

Fortsetzung „Tarifgutachten für den ÖPNV – Was wird vorgeschlagen?“ von Seite 9

Die Preise für Monatskarten und Schülerkarten würden bei 111 bzw. 83 Euro gedeckelt, dies entspricht für Mündener und Duderstädter 63% des bisherigen Preisniveaus. Die Mindererlöse sind mit 2,5 Mio. Euro sehr hoch und könnten die Umsetzung gefährden. Deutlich geringer sind die Kosten mit 600.000 Euro bei Herausnahme der morgendlichen Stoßzeiten bis 9 Uhr, was aber faktisch bedeuten würde, dass Pendler und Schüler (ab Klasse 11) nicht von der Maßnahme profitieren würden.

• **Kostenlose Fahrradmitnahme:** Paradoxerweise kann ein Fahrrad, sofern genügend Platz ist, in den Bussen des ZVSN kostenlos mitgenommen werden, nicht aber im Zug. Anders sieht es in Thüringen und Hessen aus, wo die Mitnahme kostenlos ist. Bisher scheiterte dies sowohl an der Bahn als auch am Land Niedersachsen, das nicht bereit ist, die Kosten zu übernehmen. Wiederholt hatte es

hier von LINKER Seite Vorstöße für eine Einführung gegeben, 2016 wurde eine entsprechende Resolution im Kreistag einstimmig beschlossen. Aktuell liegt ein erneuter Antrag unserer Kreistagsgruppe zur Einführung vor. Das Gutachten beziffert die Kosten mit 10.000 Euro allerdings bei einer Sperrzeit von 6-10 Uhr, was wiederum die Pendler ausschließt.

• **Sozialtarif:** Hartz-IV-Empfänger und ggf. weitere Einkommensschwache erhalten beim Kauf von Monatskarten einen Rabatt von 72%, was für Münden, Duderstadt und Osterode einen Preis von 35 Euro ausmacht, der in der Kal-

kulation des Hartz-IV-Regelsatzes dem Anteil für Verkehr entspricht. Allein für Hartz-IV-Empfänger wird mit Kosten von 2,3 Mio. Euro gerechnet. Die sinnvolle Einbeziehung Geringverdienender, die Elterngeld oder Wohngeld erhalten, wäre entsprechend teuer.

• **Kostenloser ÖPNV für Schüler ab Klasse 11:** Im Gegensatz zur kostenlosen Schülerbeförderung bis Klasse 10, muss ab Klasse 11 selbst gezahlt werden. Würden diese Kosten übernommen – wie dies auch von den LINKEN gefordert wird – würde dies mit 2,3 Mio. Euro zu Buche schlagen.

Nicht berücksichtigt wurden die Auswirkungen bei der gleichzeitigen Einführung mehrerer Maßnahmen, beispielsweise beim 5 Euro-Ticket plus Sozialtarif. Auch lassen sich die angegebenen Kosten nicht überprüfen, zumal eine Steigerung der Nachfrage nur geschätzt werden kann.

Es kann aber festgestellt werden, dass für diese untersuchten durchaus sinnvollen Maßnahmen viel Geld benötigt wird, wobei aus Sicht des Verfassers einzelne Maßnahmen nicht ausreichend ausgeführt werden. Müssen die Land-

kreise diese Verbesserungen allein aus ihren eigenen Haushaltsmitteln bezahlen, dürfte nicht allzu viel geschehen.

Wenn wirklich Menschen zum Umsteigen vom Auto zum ÖPNV motiviert werden sollen, bedarf es deutlich stärkerer Veränderungen bis hin zu einem ticketfreien ÖPNV wie es zu den Kommunal-

wahlen 2016 von der Göttinger Linken und der Partei DIE LINKE für Niedersachsen gefordert wurde.

Zu diesem Thema gibt es auch einen Kommunalpolitischen Arbeitskreis:



• **Preissenkung der Monatskarten für Auszubildende:** Momentan wird gegenüber normalen Monatskarten ein Rabatt von einem Drittel gewährt. Bei einer Preissenkung auf die Hälfte würde dies laut Gutachten fünf Mio. Euro kosten.

• **Seniorenticket:** Die Gutachter schlagen hier eine Monatskarte von 59 Euro für Senioren vor, die im gesamten VSN-Gebiet gültig sein soll. Im benachbarten Hessen kostet ein Seniorenticket für das gesamte Bundesland ab Januar 2020 rund die Hälfte. Die Maßnahme ist mit 100.000 Euro demzufolge auch vergleichsweise kostengünstig.

Zusammenfassende Ergebnisübersicht: Nutzungskonditionen

Nr.	Maßnahme	Parameter	Effekt (T €)	Netto-Effekt (T €)	Effekt (T Fahrten)
5	Ausweitung Semestertickets	Gültigkeit in Regionalbussen	-464	-464	8
9	Kostenlose Fahrradmitnahme	Mitnahme auch im SPNV, Sperrzeit WT 6-10 Uhr	-10	-10	3
16	Schüler-Fahrtkostenerstattung in Sek II		2.316	-3.303	450
24	Tageskarte in Länderticketlogik	Preissetzung: Karte für 2-4 Personen günstiger als heutige Kleingruppenkarte, Karte für 5 Personen identischer Preis	-48	-48	7

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Tarifgutachten für den ÖPNV in Südniedersachsen

Mittwoch, 19. Juni 2019, 19 Uhr
im Neuen Rathaus, Raum 1118
Referent: Eckhard Fascher, DIE LINKE
im Kreistag

Erstmals seit langer Zeit wird die Tarifstruktur des ÖPNV in Südniedersachsen diskutiert. Was bedeuten die in dem Gutachten vorgestellten Maßnahmen für die Nutzer*innen. Welche sind uns besonders wichtig? Welche sekundär? Wie sollen wir im Kreistag vorgehen?